Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Justiz
3003 Bern

27. März 2007

Vernehmlassung zum Entwurf einer Verfassungsbestimmung zum Hooliganismus

Sehr geehrter Herr Direktor

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zu einer Vorlage, die mit Blick auf die Euro 2008 von grosser Aktualität und Wichtigkeit ist.

1. Allgemeines

Randale, Gewalttätigkeiten, Ausschreitungen an sportlichen Anlässen stellen eine Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dar (Polizeigüter), sind also rein sicherheitspolizeilicher Natur. Polizeiliche Gegenmassnahmen – Informationssystem HOOGAN, Rayonverbot, Meldeauflage und Polizeigewahrsam – müssen daher ausschliesslich durch die dafür zuständigen Kantone selbst in einem Konkordat geregelt werden (Art. 3 und 57 der Bundesverfassung vom 18. April 1999, BV, SR 101). Im übrigen wurde anlässlich der Diskussion der Regelung der Massnahmen im Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit vom 21. März 1997 (BWIS, SR 120) im Ständerat vertreten, dass eine kantonale Lösung gegenüber einer Bundeslösung Priorität habe (amtliches Bulletin Ständerat vom 7. März 2006, Votum Schiesser).

Es ist richtig, dass die Bundeszuständigkeit nicht aus Art. 57 BV und anderen Bestimmungen der BV abgeleitet werden kann. Von Hooligans begangene Randale, Gewalttätigkeiten, Ausschreitungen an sportlichen Anlässen bedrohen die Existenz der Schweizerischen Eidgenossenschaft nicht. Genauso wenig werden damit die staatlichen Organe und Institutionen massiv gefährdet. Dies bestätigen bisherige Ausschreitungen an Sportanlässen, insbesondere an Fussballspielen.

Die interkantonale polizeiliche Zusammenarbeit und die gegenseitige Hilfe an anderen Grossanlässen, die auch nationalen oder sogar internationalen Charakter haben können (z.B. Demonstrationen, WEF) ist bereits heute in Konkordaten geregelt und funktioniert (z.B. Art. 2 des Konkordats über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Nordwestschweiz vom 20. Januar 1995, BGS 511.541). Randale, Ausschreitungen etc. können auch an solchen Grossanlässen vorkommen.

2. Vorgeschlagene Lösung

Die Kompetenz des Bundes zum Erlass der vorgesehenen Massnahmen (Rayonverbot, Meldeauflage und Polizeigewahrsam) ist –wie bekannt– de lege lata zweifelhaft. Die Tauglichkeit und insbesondere die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Massnahmen zur Bekämpfung des Hooliganismus stehen indessen für die vor Ort für die Sicherheit verantwortlichen Stellen ausser Frage. Aus diesem Grund ist es unerlässlich, diese Massnahmen auch nach Ablauf der aktuellen Befristung weiterhin treffen zu können.

Wir erachten deshalb den vorgeschlagenen Weg, eine Verfassungsgrundlage inkl. weitere erforderliche Schritte auf Bundesebene auszuarbeiten, bis die Kantone allenfalls eine Konkordatslösung realisiert haben, als richtig.

Für uns ist es von grossem Interesse, dass die Massnahmen dank rechtlicher Normierung weiterhin zulässig sind; von bloss untergeordneter Bedeutung hingegen ist es für die Polizei, ob die Massnahmen in einem Konkordat oder einem Bundeserlass statuiert werden. In diesem Sinn befürworten wir die subsidiäre Vorgehensweise.

Für den Fall, dass die Arbeiten für eine Bundeskompetenz in Art. 68 Abs. 4 BV an die Hand genommen werden, müssen wir aus systematischen Gründen fordern, dass die Vorschriften zur Bekämpfung des Hooliganismus gänzlich in einem anderen Erlass als im BWIS gesetzlich verankert wird. Wie bereits angeführt, handelt es sich um rein sicherheitspolizeiliche Massnahmen. Im weiteren sollte in materieller Hinsicht der Anwendungsbereich auf sportliche Anlässe auf internationalem und nationalem Niveau beschränkt bleiben und nicht auf lokale Anlässe (Erläuterungen S. 7) ausgedehnt werden. Wir erheben diese Forderung mit Blick darauf, dass bei lokalen Sportanlässen im Kanton Solothurn keine Hooligans aufgetreten sind, und wir keine Gefahr sehen, dass dies in Zukunft plötzlich anders sein könnte.

Wir laden Sie ein, unsere Überlegungen bei der weiteren Behandlung des Geschäftes angemessen zu berücksichtigen.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Gomm
Landammann

sig.
Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber